

ANGABEN NACH § 289 ABS. 4 UND § 315 ABS. 4 HGB

ZUSAMMENSETZUNG DES GEZEICHNETEN KAPITALS

Das Grundkapital der Infineon Technologies AG hat sich im Geschäftsjahr 2012 infolge der Ausübung von 560.497 Aktienoptionen um €1.120.994 erhöht. Bedingt durch die Einziehung von 7.000.000 eigenen Aktien und die damit verbundene Kapitalherabsetzung hat sich das Grundkapital um €14.000.000 reduziert. Zum 30. September 2012 betrug das Grundkapital damit €2.160.612.664. Es ist eingeteilt in 1.080.306.332 auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil von €2 am Grundkapital. Jede Aktie gewährt eine Stimme und den gleichen Anteil am Gewinn nach Maßgabe der von der Hauptversammlung beschlossenen Gewinnverwendung.

Am Tag der Hauptversammlung von der Gesellschaft gehaltene eigene Aktien sind weder stimm- noch gewinnberechtigt. Zum 30. September 2012 hielt die Gesellschaft keine (Vorjahr: 4 Millionen) eigenen Aktien.

Aktien der Infineon Technologies AG werden an der Frankfurter Wertpapierbörse (FSE) unter dem Symbol „IFX“ notiert. Außerdem werden die Aktien der Infineon Technologies AG in Form von American Depositary Shares (ADS) unter dem Börsenkürzel „IFNNY“ auch am OTCQX International Premier Market im Freiverkehr (over-the-counter) gehandelt, wobei jeweils ein Infineon-ADS eine Infineon-Aktie repräsentiert.

BESCHRÄNKUNGEN, DIE STIMMRECHTE ODER DIE ÜBERTRAGUNG VON AKTIEN BETREFFEN

Beschränkungen des Stimmrechts der Aktien können sich insbesondere aus den Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) ergeben. Beispielsweise unterliegen Aktionäre unter bestimmten Voraussetzungen nach § 136 AktG einem Stimmverbot. Weiter steht der Infineon Technologies AG gemäß § 71b AktG aus eigenen Aktien kein Stimmrecht zu. Auch können Verstöße gegen die Mitteilungspflichten im Sinne des § 21 Abs. 1 oder 1a des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) dazu führen, dass nach Maßgabe des § 28 WpHG Rechte aus Aktien – darunter das Stimmrecht – zumindest zeitweise nicht bestehen. Vertragliche Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Gemäß § 67 Abs. 2 AktG gilt im Verhältnis zur Infineon Technologies AG nur als Aktionär, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Die Aktionäre haben der Infineon Technologies AG zur Eintragung im Aktienregister ihren Namen beziehungsweise ihre Firma, ihre Anschrift, gegebenenfalls ihren Sitz und ihr Geburtsdatum sowie die Zahl der von ihnen gehaltenen Aktien mitzuteilen. Die Infineon Technologies AG ist nach § 67 Abs. 4 AktG berechtigt, von der im Aktienregister eingetragenen Person Auskunft darüber zu verlangen, inwieweit die Aktien, auf die sich die Eintragung im Aktienregister bezieht, tatsächlich der eingetragenen Person gehören, und, soweit dies nicht der Fall ist, die zur Führung des Aktienregisters notwendigen Informationen über denjenigen zu erhalten, für den die Aktien gehalten werden. Solange einem solchen Auskunftsverlangen nicht ordnungsgemäß nachgekommen wird, bestehen die Stimmrechte aus dem betreffenden Aktienbestand nach § 67 Abs. 2 AktG nicht.

BETEILIGUNGEN AM KAPITAL, DIE 10 PROZENT DER STIMMRECHTE ÜBERSCHREITEN

Nach § 21 Abs. 1 WpHG hat jeder Aktionär, der die Schwellen von 3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 50 oder 75 Prozent der Stimmrechte einer börsennotierten Gesellschaft erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies der Gesellschaft und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unverzüglich mitzuteilen. Uns sind hiernach zum 30. September 2012 keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 Prozent der Stimmrechte erreichen oder überschreiten. Die uns gemeldeten und zum 30. September 2012 bestehenden Beteiligungen sind im Anhang zum Konzernabschluss unter den Angaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG dargestellt.

AKTIEN MIT SONDERRECHTEN, DIE KONTROLLBEFUGNISSE VERLEIHEN

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

ART DER STIMMRECHTSKONTROLLE, WENN ARBEITNEHMER AM KAPITAL BETEILIGT SIND UND IHRE KONTROLLRECHTE NICHT UNMITTELBAR AUSÜBEN

Arbeitnehmer, die am Kapital der Infineon Technologies AG beteiligt sind, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ERNENNUNG UND ABBERUFUNG VON VORSTANDSMITGLIEDERN

Der Vorstand der Infineon Technologies AG besteht nach § 5 Abs. 1 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2012 wurde der Vorstand der Infineon Technologies AG von damals drei auf vier Mitglieder erweitert. Infolge des Ausscheidens von Herrn Peter Bauer zum 30. September 2012 besteht der Vorstand mit Wirkung zum 1. Oktober 2012 wieder aus drei Mitgliedern. Die Bestellung der genauen Zahl sowie die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder erfolgen gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung und § 84 Abs. 1 AktG durch den Aufsichtsrat. Da die Infineon Technologies AG unter das Mitbestimmungsgesetz fällt, ist für die Bestellung beziehungsweise Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich (§ 31 Abs. 2 MitbestG). Kommt eine solche Mehrheit in der ersten Abstimmung nicht zustande, kann die Bestellung auf Vorschlag des Vermittlungsausschusses in einer zweiten Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgen (§ 31 Abs. 3 MitbestG). Wird auch hierbei die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, erfolgt eine dritte Abstimmung, in der dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats jedoch zwei Stimmen zustehen (§ 31 Abs. 4 MitbestG). Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat gemäß § 85 Abs. 1 AktG in dringenden Fällen das Amtsgericht München auf Antrag eines Beteiligten ein Vorstandsmitglied zu bestellen.

Vorstandsmitglieder dürfen gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 AktG für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig (§ 84 Abs. 1 Satz 2 AktG). Der Aufsichtsrat kann gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung und § 84 Abs. 2 AktG einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden ernennen. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG).

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ÄNDERUNG DER SATZUNG

Für Änderungen der Satzung ist gemäß § 179 Abs. 1 AktG die Hauptversammlung zuständig. Der Aufsichtsrat ist jedoch gemäß § 10 Abs. 4 der Satzung ermächtigt, Satzungsänderungen zu beschließen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen der Grundkapitalziffer infolge einer Kapitalerhöhung aus Bedingtem oder Genehmigtem Kapital oder einer Kapitalherabsetzung durch Einziehung eigener Aktien. Soweit die Satzung keine andere Mehrheit vorsieht, bedürfen Beschlüsse der Hauptversammlung über Änderungen der Satzung gemäß § 179 Abs. 2 AktG einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Die Satzung der Infineon Technologies AG sieht in § 17 Abs. 1 vor, dass Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst werden können, sofern nicht nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften oder anderen Satzungsbestimmungen eine größere Mehrheit erforderlich ist.

BEFUGNISSE DES VORSTANDS ZUR AKTIENAUSGABE

Genehmigtes Kapital

Genehmigtes Kapital 2010/I

Der Vorstand ist gemäß § 4 Abs. 8 der Satzung ermächtigt, das Grundkapital in der Zeit bis zum 10. Februar 2015 mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder in Teilbeträgen um insgesamt bis zu €648.000.000 durch Ausgabe von bis zu 324.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2010/I). Bei Barkapitalerhöhungen steht den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen,

- (a) um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht auszunehmen,
- (b) soweit es erforderlich ist, um Inhabern von Options- oder Wandlungsrechten aus Options- und Wandelanleihen, die von der Gesellschaft oder deren nachgeordneten Konzernunternehmen ausgegeben wurden oder werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise nach Erfüllung von Wandlungspflichten zustünde,
- (c) wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung.

Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen auszuschließen. Der Vorstand der Infineon Technologies AG hat sich allerdings zum Schutz der Aktionäre vor Verwässerung verpflichtet, von dieser Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts sowohl bei Bar- als auch bei Sachkapitalerhöhungen aus dem Genehmigten Kapital 2010/I nur bis zu einem Betrag von insgesamt maximal 10 Prozent des zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals beziehungsweise – falls dieser Wert geringer sein sollte – des zum Zeitpunkt der Ausnutzung der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals Gebrauch zu machen. Eine Kapitalerhöhung unter Ausschluss des Bezugsrechts in Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2010/I ist damit zum 30. September 2012 auf maximal 108.030.633 Stückaktien beziehungsweise €216.061.266 (dies entspricht 10 Prozent des zu diesem Zeitpunkt bestehenden Grundkapitals) beschränkt.

Über den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats.

Genehmigtes Kapital 2010/II

Gemäß § 4 Abs. 9 der Satzung ist der Vorstand außerdem ermächtigt, das Grundkapital in der Zeit bis zum 10. Februar 2015 mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder in Teilbeträgen um insgesamt bis zu €40.000.000 durch Ausgabe von bis zu 20.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bareinlagen zum Zwecke der Ausgabe an Mitarbeiter der Gesellschaft oder ihrer Konzernunternehmen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2010/II). Dabei ist das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Über den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die vorstehend dargestellte Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe neuer Aktien aus dem Genehmigten Kapital 2010/I soll den Vorstand in die Lage versetzen, einen auftretenden Kapitalbedarf flexibel und kostengünstig zu decken und je nach Marktlage, gegebenenfalls auch kurzfristig, attraktive Finanzierungsmöglichkeiten für Infineon zu nutzen. Demgegenüber dient das Genehmigte Kapital 2010/II der Bedienung von aktienbasierten Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen. In Betracht kommt eine solche Nutzung etwa im Rahmen des zur unternehmensweiten Einführung vorgesehenen Performance-Share-Programms für Mitarbeiter (Einzelheiten hierzu im Vergütungsbericht).

••••• siehe Seite 195 ff.

Aus den vorstehend beschriebenen genehmigten Kapitalia sind im Geschäftsjahr 2012 keine Aktien ausgegeben worden.

Bedingtes Kapital

Bedingtes Kapital I

§ 4 Abs. 4 der Satzung sieht vor, dass das Grundkapital der Infineon Technologies AG um bis zu nominal €34.628.048 bedingt erhöht ist (Bedingtes Kapital I, eingetragen im Handelsregister als Bedingtes Kapital 1999/I). Die bedingte Kapitalerhöhung wird durch Ausgabe von bis zu 17.314.024 neuen, auf den Namen lautenden Aktien mit Gewinnberechtigung ab dem Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Bezugsrechten, die im Rahmen des „Infineon Technologies AG 2001 International Long Term Incentive Plan“ aufgrund der am 6. April 2001 erteilten Ermächtigung ausgegeben wurden, von ihren Bezugsrechten Gebrauch machen.

Bedingtes Kapital III

Zum Ende des Geschäftsjahrs 2012 sah § 4 Abs. 5 der Satzung vor, dass das Grundkapital der Infineon Technologies AG um bis zu nominal €29.000.000 bedingt erhöht ist (Bedingtes Kapital III, eingetragen im Handelsregister als Bedingtes Kapital 2001/I). Die bedingte Kapitalerhöhung wird durch Ausgabe von bis zu 14.500.000 neuen, auf den Namen lautenden Aktien mit Gewinnberechtigung ab dem Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Bezugsrechten, die im Rahmen des „Infineon Technologies AG 2001 International Long Term Incentive Plan“ aufgrund der am 6. April 2001 erteilten Ermächtigung ausgegeben wurden, oder wie die Inhaber von Bezugsrechten, die im Rahmen des „Infineon Technologies AG Aktienoptionsplans 2006“ aufgrund der am 16. Februar 2006 erteilten Ermächtigung ausgegeben wurden, von ihren Bezugsrechten Gebrauch machen. Im Geschäftsjahr 2012 wurden aus dem Bedingten Kapital III aufgrund der Ausübung von Aktienoptionen aus dem „Infineon Technologies AG Aktienoptionsplan 2006“ insgesamt 560.497 neue nennwertlose Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von €2 je Aktie ausgegeben. Hierdurch hat sich das Bedingte Kapital III um €1.120.994 auf nunmehr €27.879.006 ermäßigt. Die entsprechende Änderung der Satzung ist unmittelbar nach Geschäftsjahresende zum Handelsregister angemeldet und wie beantragt eingetragen worden.

Bedingtes Kapital 2002

Darüber hinaus ist das Grundkapital der Infineon Technologies AG gemäß § 4 Abs. 6 der Satzung um bis zu €134.000.000 durch Ausgabe von bis zu 67.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2002, eingetragen im Handelsregister als Bedingtes Kapital 2007/II). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber der im Mai 2009 von der Infineon Technologies AG als Garantin durch die Infineon Technologies Holding B.V. begebenen Wandelanleihe. Sie wird nur insoweit durchgeführt, wie von Wandlungsrechten aus der Wandelanleihe Gebrauch gemacht wird beziehungsweise Wandlungspflichten daraus erfüllt werden. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Bedingtes Kapital 2009/I

Das Grundkapital der Infineon Technologies AG ist gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung um bis zu €149.900.000 durch Ausgabe von bis zu 74.950.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2009/I). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber der im Mai 2009 von der Infineon Technologies AG als Garantin durch die Infineon Technologies Holding B.V. begebenen Wandelanleihe. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von Wandlungsrechten aus der Wandelanleihe Gebrauch gemacht wird beziehungsweise Wandlungspflichten daraus erfüllt und soweit nicht ein Barausgleich gewährt oder eigene Aktien zur Bedienung eingesetzt werden.

Bedingtes Kapital 2010/I

§ 4 Abs. 10 der Satzung sieht ferner vor, dass das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu nominal €24.000.000 durch Ausgabe von bis zu 12.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht ist (Bedingtes Kapital 2010/I). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie Inhaber von Bezugsrechten, die im Rahmen des „Infineon Technologies AG Aktienoptionsplans 2010“ bis zum 30. September 2013 begeben werden, von ihrem Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen und die Gesellschaft in Erfüllung dessen nicht einen Barausgleich gewährt oder eigene Aktien liefert. Die neuen Aktien sind mit Wirkung ab dem Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe gewinnberechtigt.

Bedingtes Kapital 2010/II

Das Grundkapital ist gemäß § 4 Abs. 11 der Satzung außerdem um bis zu €260.000.000 durch Ausgabe von bis zu 130.000.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahrs ihrer Ausgabe bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2010/II). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber oder Gläubiger von Options- und/oder Wandelanleihen, die aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 11. Februar 2010 von der Gesellschaft oder einem nachgeordneten Konzernunternehmen gegen Barleistung begeben werden. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von Options- und/oder Wandlungsrechten aus den Anleihen Gebrauch gemacht wird beziehungsweise Wandlungspflichten aus den Anleihen erfüllt werden und soweit nicht ein Barausgleich gewährt oder eigene Aktien zur Bedienung eingesetzt werden. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Die durch bedingte Kapitalia abgesicherte Ausgabe von Aktienoptionen ist ein sinnvoller und in deutschen Unternehmen seit vielen Jahren üblicher Bestandteil der Vergütung von Vorständen und Führungskräften. Auch Infineon hat hiervon mehrfach Gebrauch gemacht. Soweit Infineon künftig andere langfristig wirkende Vergütungskomponenten einsetzt, dienen die bestehenden bedingten Kapitalia dazu, die aus bereits ausgegebenen Aktienoptionen fließenden Bezugsrechte während der Restlaufzeit der Optionsprogramme abzusichern. Die übrigen bedingten Kapitalia decken die Wandlungsrechte der Inhaber der von der Infineon Technologies Holding B.V. begebenen Wandelanleihe. Soweit die Kapitalia zu diesem Zweck nicht mehr benötigt werden (zum Beispiel weil Anleihen zurückgekauft und entwertet wurden), schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung üblicherweise die Aufhebung der Kapitalia vor.

Mit Ausnahme des Bedingten Kapitals III (siehe dort) sind aus den vorstehend beschriebenen bedingten Kapitalia im Geschäftsjahr 2012 keine Aktien ausgegeben worden. Die näheren Einzelheiten der verschiedenen Aktienoptionspläne sind im Anhang zum Konzernabschluss Nr. 32, die näheren Einzelheiten der von der Infineon Technologies Holding B.V. begebenen Wandelanleihe im Anhang zum Konzernabschluss Nr. 27 dargestellt.

❖ siehe Seite 259 ff.

❖ siehe Seite 253 ff.

ERMÄCHTIGUNG ZUR AUSGABE VON OPTIONS- UND/ODER WANDELANLEIHEN

Die Hauptversammlung vom 11. Februar 2010 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 10. Februar 2015 einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelanleihen (gemeinsam „Anleihen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu €2.000.000.000 zu begeben und für solche von nachgeordneten Konzernunternehmen der Gesellschaft begebene Anleihen die Garantie zu übernehmen und den Inhabern von Anleihen Options- oder Wandlungsrechte auf insgesamt bis zu 130.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu €260.000.000 nach näherer Maßgabe der jeweiligen Bedingungen der Anleihen zu gewähren. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Anleihen auszuschließen,

- sofern der Ausgabepreis den nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert der Anleihen nicht wesentlich unterschreitet; dies gilt jedoch nur insoweit, als die zur Bedienung der dabei begründeten Options- und/oder Wandlungsrechte auszugebenden Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder bezogen auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch auf den Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung;
- um Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben, vom Bezugsrecht der Aktionäre auf die Anleihen auszunehmen oder, soweit es erforderlich ist, um Inhabern von Options- oder Wandlungsrechten aus Anleihen, die von der Gesellschaft oder ihren nachgeordneten Konzernunternehmen ausgegeben wurden oder werden, ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Rechte beziehungsweise nach Erfüllung von Wandlungspflichten zustände.

Der Options- oder Wandlungspreis muss – auch bei Anwendung der Regelungen zum Verwässerungsschutz – mindestens 90 Prozent des durchschnittlichen Börsenkurses der Aktien der Gesellschaft in der Xetra-Schlussauktion an der Frankfurter Wertpapierbörse (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) betragen und zwar während der zehn Börsentage vor dem Tag der Beschlussfassung durch den Vorstand über die Begebung der Anleihen oder, sofern den Aktionären ein Bezugsrecht auf die Anleihen zusteht, während der Tage, an denen Bezugsrechte auf die Anleihen an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt werden, mit Ausnahme der letzten beiden Börsentage des Bezugsrechtshandels. Der Options- beziehungsweise Wandlungspreis kann unbeschadet des § 9 Abs. 1 AktG aufgrund einer Verwässerungsschutzklausel nach näherer Bestimmung der Bedingungen der Anleihen dann ermäßigt werden, wenn die Gesellschaft bis zum Ablauf der Options- oder Wandlungsfrist unter Einräumung eines Bezugsrechts an ihre Aktionäre das Grundkapital erhöht oder weitere Anleihen begibt oder garantiert und den Inhabern von Optionsrechten oder den Gläubigern von Wandelanleihen hierbei kein Bezugsrecht eingeräumt wird. Die Bedingungen können auch für andere Maßnahmen, die zu einer wirtschaftlichen Verwässerung der Options- beziehungsweise Wandlungsrechte führen können, eine wertwahrende Anpassung des Options- beziehungsweise Wandlungspreises oder des Options- beziehungsweise Wandlungsverhältnisses vorsehen. In jedem Fall darf der anteilige Betrag am Grundkapital der je Wandelanleihe zu beziehenden Aktien den Nennbetrag der Anleihe nicht übersteigen.

Der Vorstand ist ermächtigt, unter Beachtung der Vorgaben des Hauptversammlungsbeschlusses die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Anleihen und deren Bedingungen festzulegen.

Die vorstehend dargestellte Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe von Options- und/oder Wandelanleihen soll den Vorstand in die Lage versetzen, flexibel und kostengünstig einen auftretenden Kapitalbedarf zu decken und je nach Marktlage, gegebenenfalls auch kurzfristig, attraktive Finanzierungsmöglichkeiten für Infineon zu nutzen.

ERWERB EIGENER AKTIEN; KAPITALRÜCKGEWÄHRPROGRAMM

Die Infineon Technologies AG wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Februar 2011 bis zum 16. Februar 2016 ermächtigt, im Rahmen der gesetzlichen Grenzen eigene Aktien bis zu insgesamt 10 Prozent des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder – falls dieser Betrag geringer ist – des zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, für einen oder mehrere Zwecke durch die Gesellschaft ausgeübt werden. Sie darf auch durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder für ihre oder deren Rechnung durch Dritte genutzt werden. Der Erwerb der eigenen Aktien erfolgt nach Wahl des Vorstands über die Börse, mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots beziehungsweise einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Verkaufsangeboten (gemeinsam „öffentliches Kaufangebot“) oder über ein Kreditinstitut, das im Rahmen eines konkreten Rückkaufprogramms mit dem Erwerb beauftragt wird.

- (a) Erfolgt der Erwerb über die Börse, darf der von der Gesellschaft gezahlte Kaufpreis je Aktie (ohne Nebenkosten) den am Handelstag durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) nicht um mehr als 10 Prozent über- oder unterschreiten.
- (b) Erfolgt der Erwerb mittels eines öffentlichen Kaufangebots, kann ein bestimmter Kaufpreis oder eine Kaufpreisspanne festgelegt werden. Dabei darf der von der Gesellschaft gezahlte Kaufpreis je Aktie (ohne Nebenkosten) den arithmetischen Mittelwert der Schlusskurse der Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an den letzten drei Börsenhandelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des öffentlichen Kaufangebots („Stichtag“) nicht um mehr als 10 Prozent über- und um nicht mehr als 20 Prozent unterschreiten. Ergibt sich nach dem Stichtag eine wesentliche Kursabweichung, so kann der Kaufpreis entsprechend angepasst werden; Referenzzeitraum sind in diesem Fall die drei Börsenhandelstage vor der Veröffentlichung der Anpassung. Das Volumen des Kaufes kann begrenzt werden. Überschreitet die gesamte Zeichnung des öffentlichen Kaufangebots dieses Volumen, richtet sich die Annahme durch die Gesellschaft nach Quoten. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen (bis zu 100 Stück angedienter Aktien je Aktionär) kann vorgesehen werden. Das öffentliche Kaufangebot kann weitere Bedingungen vorsehen.
- (c) Im Rahmen eines konkreten Rückkaufprogramms kann ein Kreditinstitut beauftragt werden, an einer vorab festgelegten Mindestzahl von Börsentagen im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) und spätestens bis zum Ablauf einer zuvor vereinbarten Periode entweder eine vereinbarte Anzahl von Aktien oder Aktien für einen zuvor festgelegten Gesamtkaufpreis zu erwerben und an die Gesellschaft zu übertragen. Dabei (i) muss das Kreditinstitut die Aktien über die Börse erwerben und (ii) hat der von der Gesellschaft zu zahlende Kaufpreis je Aktie einen Abschlag zum arithmetischen Mittel der volumengewichteten Durchschnittskurse (volume weighted average price, „VWAP“) der Infineon-Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) während der tatsächlichen Periode des Rückerwerbs aufzuweisen. Ferner muss das Kreditinstitut (iii) die zu liefernden Aktien an der Börse zu Preisen kaufen, die innerhalb der unter a) für den unmittelbaren Erwerb durch die Gesellschaft definierten Bandbreite liegen.

Die Gesellschaft ist ermächtigt, Aktien der Gesellschaft, die aufgrund dieser Ermächtigung erworben wurden oder werden, außer durch Veräußerung über die Börse oder über ein Veräußerungsangebot an alle Aktionäre zu allen gesetzlich zulässigen, insbesondere zu den folgenden Zwecken zu verwenden:

- (a) Sie können eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Dabei kann der Vorstand auch bestimmen, dass das Grundkapital bei der Einziehung unverändert bleibt und sich dadurch der Anteil der nicht eingezogenen Aktien am Grundkapital entsprechend erhöht. Der Vorstand ist ermächtigt, in diesem Fall die Angabe der Aktienanzahl in der Satzung entsprechend zu ändern.

- (b) Sie können Dritten im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder beim Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Unternehmensbeteiligungen angeboten und auf sie übertragen werden.
- (c) Sie können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Barzahlung an Dritte auch anders als über die Börse oder durch ein Angebot an alle Aktionäre veräußert werden, wenn der Preis, zu dem die Aktien veräußert werden, den am Tag der Veräußerung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs der Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten). Darüber hinaus darf in diesen Fällen die Summe der veräußerten Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder bezogen auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch bezogen auf den Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Hierauf ist der anteilige Betrag des Grundkapitals anzurechnen, der auf Aktien entfällt, die unter Ausschluss des Bezugsrechts in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder verwendet werden. Ferner sind auf diese Zahl die Aktien anzurechnen, die zur Bedienung von Wandlungs- oder Optionsrechten ausgegeben wurden oder noch ausgegeben werden können, sofern die zugrunde liegenden Anleihen während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts entsprechend § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben wurden.
- (d) Sie können zur Erfüllung der Verpflichtungen der Gesellschaft aus von ihr in der Vergangenheit oder in Zukunft begebenen oder garantierten Options- und Wandelanleihen genutzt werden.
- (e) Sie können zur unmittelbaren oder mittelbaren Erfüllung von Verpflichtungen aus dem „Infineon Technologies AG Aktienoptionsplan 2006“ oder aus dem „Infineon Technologies AG Aktienoptionsplan 2010“ verwendet werden.
- (f) Sie können Personen, die in einem Arbeitsverhältnis zur Gesellschaft oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen stehen, zum Erwerb angeboten und auf sie übertragen werden.

Die Gesellschaft kann diese Ermächtigungen zur Verwendung der eigenen Aktien selbst oder durch abhängige oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder für ihre oder deren Rechnung durch Dritte nutzen. Die Ermächtigungen können einmal oder mehrmals, einzeln oder gemeinsam, ganz oder in Teilen ausgenutzt werden. Ein Bezugsrecht der Aktionäre auf die hiervon betroffenen eigenen Aktien wird insoweit ausgeschlossen, als diese Aktien gemäß den vorstehenden Ermächtigungen Buchstaben b) bis f) verwendet werden. Darüber hinaus ist im Fall der Veräußerung der Aktien über ein Veräußerungsangebot an alle Aktionäre das Bezugsrecht der Aktionäre für Spitzenbeträge ausgeschlossen.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Februar 2011 darf der Erwerb von Aktien der Infineon Technologies AG auch durch den Einsatz von Eigenkapitalderivaten durchgeführt werden. Der Vorstand ist ermächtigt, (i) Optionen zu veräußern, die die Gesellschaft bei Ausübung zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft verpflichten („Put-Optionen“), und (ii) Optionen zu erwerben, die die Gesellschaft bei Ausübung zum Erwerb von Aktien der Gesellschaft berechtigen („Call-Optionen“). Der Erwerb kann ferner unter Einsatz einer Kombination von Put- und Call-Optionen (gemeinsam „Derivate“) erfolgen. Der Aktienerwerb kann unter Einsatz von Derivaten auch über ein Kreditinstitut durchgeführt werden, das im Rahmen eines konkreten Rückkaufprogramms mit dem Erwerb beauftragt wird.

Alle nach dieser Ermächtigung eingesetzten Derivate dürfen sich insgesamt höchstens auf eine Anzahl von Aktien beziehen, die einen anteiligen Betrag von 5 Prozent des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung vorhandenen Grundkapitals nicht übersteigt; die in Ausübung dieser Ermächtigung erworbenen Aktien sind auf die Erwerbsgrenze für die gemäß der oben beschriebenen Ermächtigung zum unmittelbaren Erwerb eigener Aktien erworbenen Aktien anzurechnen. Die Laufzeit der einzelnen Derivate darf jeweils höchstens 18 Monate betragen, muss spätestens am 16. Februar 2016 enden und muss so gewählt werden, dass der Erwerb der eigenen Aktien in Ausübung oder Erfüllung der Derivate nicht nach dem 16. Februar 2016 erfolgen kann.

Die Derivatgeschäfte müssen mit einem Kreditinstitut oder über die Börse abgeschlossen werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Derivate nur mit Aktien bedient werden, die zuvor unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes über die Börse zu dem im Zeitpunkt des börslichen Erwerbs aktuellen Kurs der Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) erworben wurden. Der in dem Derivat vereinbarte Preis (ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie) für den Erwerb einer Aktie bei Ausübung von Optionen darf den arithmetischen Mittelwert der Schlusskurse der Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an den letzten drei Börsenhandelstagen vor dem Tag des Abschlusses des Derivatgeschäfts um nicht mehr als 10 Prozent überschreiten und um nicht mehr als 30 Prozent unterschreiten.

Der von der Gesellschaft für Derivate gezahlte Erwerbspreis darf nicht wesentlich über und der von der Gesellschaft vereinnahmte Veräußerungspreis für Derivate nicht wesentlich unter dem nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert der jeweiligen Optionen liegen, bei dessen Ermittlung unter anderem der vereinbarte Ausübungspreis zu berücksichtigen ist.

Werden eigene Aktien unter Einsatz von Derivaten unter Beachtung der vorstehenden Regelungen erworben, ist ein Recht der Aktionäre, solche Derivatgeschäfte mit der Gesellschaft abzuschließen, in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgeschlossen. Ein Recht der Aktionäre auf Abschluss von Derivatgeschäften besteht auch insoweit nicht, als beim Abschluss von Derivatgeschäften ein bevorrechtigtes Angebot für den Abschluss von Derivatgeschäften bezogen auf geringe Stückzahlen an Aktien vorgesehen wird.

Aktionäre haben ein Recht auf Andienung ihrer Infineon-Aktien nur, soweit die Gesellschaft ihnen gegenüber aus den Derivatgeschäften zur Abnahme der Aktien verpflichtet ist. Ein etwaiges weitergehendes Andienungsrecht ist ausgeschlossen.

Für die Verwendung eigener Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben werden, gelten die oben bei der Ermächtigung zum unmittelbaren Erwerb eigener Aktien dargestellten Regelungen entsprechend.

Die Infineon Technologies AG hat am 9. Mai 2011 beschlossen, die von der Hauptversammlung am 17. Februar 2011 erteilte Ermächtigung zum Aktienrückkauf zu nutzen. Die Gesellschaft beabsichtigt, bis März 2013 bis zu €300 Millionen für Maßnahmen der Kapitalrückgewähr aufzuwenden. Die Kapitalrückgewähr kann durch den Erwerb eigener Aktien über den Einsatz von Put-Optionen erfolgen. Eine weitere Möglichkeit ist der direkte Rückkauf eigener Aktien im Xetra-Handel der Frankfurter Wertpapierbörse. Außerdem können auch weitere Teile der ausstehenden Wandelanleihe zurückgekauft werden.

Nach den gesetzlichen Vorgaben darf der Aktienrückkauf ausschließlich dem Zweck der Einziehung der Aktien zur Kapitalherabsetzung und der Bedienung von Wandelanleihen oder Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen dienen, da er nach Maßgabe der §§ 14 Abs. 2, 20a Abs. 3 WpHG in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 2273/2003 der Kommission vom 22. Dezember 2003 erfolgt. Hiervon hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht und alle in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 zurückgekauften 7 Millionen Aktien eingezogen und das Grundkapital entsprechend herabgesetzt. Das Aktienrückkaufprogramm kann – im Rahmen der durch die Hauptversammlung gesetzten zeitlichen Grenzen und unter Beachtung weiterer rechtlicher Regelungen – jederzeit ausgesetzt und wieder aufgenommen werden. Details zum Aktienrückkaufprogramm sowie zu begebenen Put-Optionen und erworbenen Aktien werden von der Gesellschaft regelmäßig im Internet unter www.infineon.com/cms/de/corporate/investor/infineon-share/share-buyback.html veröffentlicht. Der Stand des Programms zum 30. September 2012 wird im Anhang zum Konzernabschluss unter Nr. 42 dargestellt.

Details zum Aktienrückkaufprogramm sowie zu begebenen Put-Optionen und erworbenen Aktien werden von der Gesellschaft regelmäßig im Internet unter www.infineon.com/cms/de/corporate/investor/infineon-share/share-buyback.html veröffentlicht.

siehe Seite 285 ff.

WESENTLICHE VEREINBARUNGEN FÜR DEN FALL EINES KONTROLLWECHSELS INFOLGE EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS

Die am 26. Mai 2009 von der Infineon Technologies AG als Garantin durch die Infineon Technologies Holding B.V. begebene Wandelanleihe, die im Jahr 2014 fällig wird (siehe Anhang zum Konzernabschluss Nr. 27), enthält eine sogenannte „Change of Control“-Klausel, die den Gläubigern für den Fall eines definierten Kontrollwechsels einen Rückzahlungsanspruch einräumt.

siehe Seite 253 ff.

Auch die Bedingungen der von der Infineon Technologies AG begebenen Put-Optionen, die die Optionsinhaber zum Verkauf von Infineon-Aktien zu einem vorher festgelegten Ausübungspreis berechtigen, enthalten „Change of Control“-Klauseln, die in bestimmten Fällen zu einer Anpassung der Optionsbedingungen führen.

Darüber hinaus enthalten einige Patentlizenz- und Austauschverträge, Entwicklungs- und Förderverträge beziehungsweise -bescheide, Joint Venture-Vereinbarungen und Lizenzverträge „Change of Control“-Klauseln, die dem Vertragspartner bei einer Änderung der Kontrolle über die Infineon Technologies AG das Recht zur Kündigung oder andere für die Gesellschaft unter Umständen nachteilige Sonderrechte einräumen oder die Fortsetzung des Vertrags von der Zustimmung des Vertragspartners abhängig machen.

Die vorgenannten „Change of Control“-Klauseln bei der Wandelanleihe und den Put-Optionen entsprechen der für Finanzinstrumente dieser Art jeweils marktüblichen Praxis zum Schutz der Gläubiger. Die Regelungen, die die Infineon Technologies AG im Rahmen ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit mit ihren Vertragspartnern für den Fall eines Kontrollwechsels vereinbart hat, entsprechen ebenfalls marktüblichen Gepflogenheiten. Das Gleiche gilt für die von der Gesellschaft abgeschlossenen beziehungsweise sie begünstigenden Förderverträge beziehungsweise -bescheide sowie Joint Venture-Vereinbarungen.

ENTSCHÄDIGUNGSVEREINBARUNGEN FÜR DEN FALL EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS

Sofern ein Vorstandsmitglied im Rahmen eines Kontrollwechsels ausscheidet, hat es derzeit Anspruch auf Fortzahlung des Jahreseinkommens bis zum Ende der vertraglich vereinbarten Laufzeit, im Fall einer Amtsniederlegung/Kündigung durch das betreffende Vorstandsmitglied aufgrund des ihm eingeräumten Sonderkündigungsrechts maximal jedoch für 36 Monate, im Fall einer Abberufung/Kündigung durch die Infineon Technologies AG für mindestens 24 und maximal 36 Monate. Nähere Einzelheiten hierzu finden sich im Vergütungsbericht.

siehe Seite 195 ff.

Die mit den Mitgliedern des Vorstands vereinbarten „Change of Control“-Klauseln entsprechen der Empfehlung in Nummer 4.2.3 Abs. 5 des Deutschen Corporate Governance Kodex. Sie sollen dazu dienen, die Vorstandsmitglieder im Fall eines Kontrollwechsels abzusichern und auf diese Weise in einer Übernahmesituation ihre Unabhängigkeit zu erhalten.

Vergleichbare Regelungen für Arbeitnehmer existieren nicht.